



Anfrage

Öffentlich

Datum

3. Juli 07

Nummer

584/07

Absender

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Rathaus, 38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Rathaus, 38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

17. Juli 07

Betreff

**Gefährdung des Braunschweiger Grundwassers durch
das Atommüll-Endlager Asse II**

Über die Gefährlichkeit des Forschungsendlagers Asse II vor den Toren unserer Stadt wird zurzeit heftig debattiert. Auslöser der aktuellen Diskussion sind die umstrittenen Pläne des zuständigen Forschungszentrums für Umwelt und Gesundheit (GSF), das atomare Endlager erst zu fluten und dann unwiederbringlich zu schließen. Kritiker der Flutungspläne warnen insbesondere vor einer radioaktiven Verseuchung des Grundwassers in unserer Region. Der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel sowie die Gemeinderäte der Samtgemeinden Schöppenstedt und Asse haben sich in Form von Resolutionen in die Kontroverse um die Schließung des Endlagers eingeschaltet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Teilt die Verwaltung die Einschätzung, dass bei einer Flutung des Atommüll-Endlagers Asse II eine radioaktive Kontaminierung des Grundwassers in Braunschweig und der Region möglich ist?
2. Falls ja, was gedenkt die Verwaltung präventiv zu unternehmen, um gemeinsam mit den anderen betroffenen Gebietskörperschaften und im Rahmen der bestehenden regionalen Gremien und Netzwerke (Zweckverband Großraum Braunschweig, Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen, Treffen der Hauptverwaltungsbeamten etc.) eine mögliche radioaktive Kontaminierung des Grundwassers in Braunschweig und der Region zu verhindern?
3. Wird die Verwaltung sich an die zuständigen Stellen auf Bundes- und Landesebene (GSF, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Niedersächsisches Umweltministerium) wenden, um im Interesse der hier lebenden Menschen eine sichere Lösung der bestehenden und drohenden Probleme am Standort Asse II zu erreichen?

Begründung:

Seit über 40 Jahren existiert unweit der Stadt Braunschweig ein Endlager für Atommüll: das sogenannte Forschungsendlager Asse II in der Gemeinde Remlingen im Landkreis Wolfenbüttel. In dem ehemaligen Kali- und Salzbergwerk wurden von 1967 bis 1978 rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Atommüll gelagert. Darunter befinden sich auch 102 Tonnen Uran, 87 Tonnen Thorium sowie 12 Kilogramm Plutonium. Diese Fässer wurden zumeist abgekippt und mit Salzgranulaten bedeckt. Seit 1988 sickern täglich ca. 12 Kubikmeter Steinsalzlauge in die Asse II ein. Dadurch schwebt das Endlager beständig in der Gefahr, „abzusaufen“. Die eindringende Salzlösung wird die eingelagerten Fässer angreifen und sehr wahrscheinlich Radionuklide herauslösen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Salzlösung ins Grundwasser gelangt und dieses dadurch radioaktiv verseucht wird. Das zuständige GSF (früher Gesellschaft für Strahlenforschung), das dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) untersteht, will die Asse II zusätzlich mit einer Magnesiumchlorid-Lösung fluten, um die Standfestigkeit des Grubengebäudes zu stabilisieren. Das ungewollte oder gewollte Eintreten von Flüssigkeiten in das Endlager ist generell brisant, egal ob es sich um Salz- oder Magnesiumchlorid-Lösung handelt. Beide Flüssigkeiten greifen das Metall an und können dazu führen, dass sich die Atommüll-Fässer auflösen. In der Folge könnte Radioaktivität in das Grundwasser gelangen und die Bevölkerung in der Region Braunschweig und darüber hinaus gefährden.

Nach der geplanten Flutung mit Magnesiumchlorid soll das Endlager endgültig geschlossen werden. An eine Rückholung oder Überwachung des Atommülls wird derzeit seitens der verantwortlichen Stellen (GSF und BMBF) nicht gedacht. Aufgrund unvollständiger Sicherheitsnachweise konnte der Antrag zur Schließung der Asse II vom zuständigen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) mit Dienstsitz in Clausthal-Zellerfeld nicht genehmigt werden. Darüber hinaus warnen Experten wie z. B. Prof. Dr. Rolf Bertram (der ehemalige Leiter der Abteilung Elektrochemie im Institut für Physikalische und Theoretische Chemie an der TU Braunschweig) vor verheerenden Folgen, wenn die metallenen Giffässer dauerhaft einer wässrigen Lösung ausgesetzt wären. Neben der Vergiftung des Grundwassers könnte es auch zur Entwicklung von brennbaren, explosiven und toxischen Gasgemischen bis hin zu radioaktiven Emissionen kommen. Angesichts dieser Gefahrenlage wird die Forderung immer lauter, die Atommüllfässer zu bergen und an einem anderen, weniger gefährdeten Standort zu verwahren (nachzulesen u. a. in der Resolution des Wolfenbütteler Kreistages zur Schließung der Schachtanlage Asse II vom 20.03.2007, in dem Antrag der GRÜNEN Bundestagsfraktion „Für eine Schließung des Forschungsendlagers Asse II unter Atomrecht und eine schnelle Rückholung der Abfälle“ vom 21.03.2007 - Bundestags-Drucksache 16/4771 - sowie in der „Remlinger Erklärung“ vom 04.04.2007).

Gez. Gisela Witte
Fraktionsvorsitzende

Gez. Holger Herlitschke
Fraktionsvorsitzender